

An
den Bürgermeister
den Ratsvorsitzenden
die Fraktionen

25. August 2022

Einführung von Sozialtarifen bei Strom und Gas der Stadtwerke überfällig – keine Strom- und Gassperren mehr!

Antrag gemäß Geschäftsordnung

In den Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention u. Gleichstellung 28.
September 2022

In den Verwaltungsausschuss am 15. November 2022

In den Rat am 17. November 2022

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Stadtwerke Burgdorf auf, ...

1. ... ab sofort auf Strom- und Gassperren sowie vorgelagerte Sperrandrohungen zu verzichten.
2. ... umgehend Sozialtarife für Strom und Gas für Arbeitslose und Geringeinkommensbezieher/innen bis zur Armutsschwelle einzuführen.
3. Das erforderliche Geld für die Sozialtarife der Stadtwerke wird in den städtischen Haushalt eingestellt.

Begründung:

Das sogenannte Entlastungspaket der Bundesregierung reicht vorne und hinten nicht, um die explodierenden Strom- und Gaspreise sowie die kommende Gasumlage zu kompensieren. Viele Burgdorfer/innen gehen zudem komplett leer aus, Rentner/innen zählen beispielsweise dazu. Und das „Entlastungspaket“ ist sozial unausgewogen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband betont, dass ein alleinlebender Millionär mehr entlastet wird als ein Mindestlohnbeschäftigter. Zwar soll eine Wohngeldreform für Entlastung sorgen; mehr Menschen sollen anspruchsberechtigt sein und einen dauerhaften Heizkostenzuschuss erhalten. Doch wann das passieren soll, ist völlig unklar. Selbst wenn die Reform zügig kommen sollte, ist das alles andere als ausreichend. Denn die Verbraucherpreise schießen auch in anderen Bereichen des täglichen Lebens in die Höhe. Neben den

Energiepreisen wird es weitere Teuerungen bei Lebensmitteln geben. Und jetzt auch noch die Gasumlage.

Immer mehr Burgdorfer/innen mit wenig Geld machen sich große Sorgen. Hierzu zählen neben Arbeitslosen auch alle Geringeinkommensbezieher/innen bis zur Armutsschwelle. Diese beziffert das Statistische Bundesamt auf 1.250 Euro monatlich für eine alleinlebende Person. Wer mit weniger auskommen muss, gilt als arm. Diese Menschen wissen nicht, wie sie in Zukunft über die Runden kommen sollen. Nicht wenige sind regelrecht verzweifelt oder wütend. Sparapelle laufen ins Leere und sind zynisch, weil Menschen mit wenig Geld – ob Beschäftigte, Rentner/in oder Arbeitslose - schon Meister/innen im Sparen sind. Die Bundespolitik ist hierzulande, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, offensichtlich nicht mehr Willens oder nicht mehr in der Lage, die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

In einer solchen Situation hat die Kommunalpolitik ihre Hausaufgaben zu machen. Um den Hauptpreistreiber Energie in den Griff zu bekommen, sind Sozialtarife für Strom und Gas, die von der Marktentwicklung entkoppelt sind, ein probates Mittel. Diese sind umso wichtiger, weil die Stadtwerke bereits angekündigt haben, dass sich der Gaspreis für die Kund/innen ab Januar wohl mehr als verdoppeln wird. Am städtischen Geld sollte es nicht scheitern. Damit ist zugleich ausgeschlossen, dass durch die Einführung von Sozialtarifen die Energiepreise für die übrigen Kund/innen der Stadtwerke noch weiter steigen.

Dass von Strom- und Gassperren Abstand genommen wird, versteht sich von selbst. Eine Kommunalpolitik, die zulässt, dass Burgdorfer/innen der Strom abgestellt und/oder der Gashahn zuge dreht wird, hat analog zur Bundespolitik für viele ihr Vertrauen in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation verspielt. Gleiches gilt für die einschüchternden Sperrandrohungen, die sehr viel zahlreicher sind und die Betroffenen zwingen, sich die Energiepreise vom Mund abzusparen.

Michael Flichner